

Halbzeit der Legislaturperiode 1972/76

Autor(en): Jan Krieger

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1973

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/c74b6337-e054-40ee-951a-307b095b127e>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Halbzeit der Legislaturperiode 1972/76

Herausforderung und Bewährung

Jan Krieger

Als die Rathausglocke am 4. Mai 1972 die neue Legislaturperiode 72/76 einläutete, begann für den Großen Rat und die eben gewählte Regierung eine Phase der Herausforderung und der Bewährung. Die nach dem Zweiten Weltkrieg als Selbstverständlichkeit akzeptierten *fetten Jahre* neigten sich dem Ende zu. Ein Stadtkanton, der Jahre lang glaubte, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu sein, mußte plötzlich erkennen, daß auch ihm Grenzen gesetzt sind. Der Glaube, sich alles leisten zu können, erwies sich als trügerisch.

Erosion der Mitte

Bereits die Auseinandersetzungen um die *Gesamterneuerung von Parlament und Regierung* machten deutlich, daß das als gesichert angenommene Tabu der politischen Machtverhältnisse seine Bedeutung verloren hatte. Allein um die sieben Sitze im Regierungsrat bewarben sich 13 Kandidaten; um die 130 Großrats-Sessel buhlten gar 182 Frauen und 750 Männer. Doch während der Souverän in zwei Wahlgängen das gewohnte Kräfteverhältnis von vier «Bürgerlichen» und drei Sozialdemokraten bei der Regierung noch konservierend bestätigen wollte, ging der Große Rat in neuer Zusammensetzung aus der Wahlschlacht hervor. Die einst starke Mitte verlor zugunsten neuer Gruppierungen von Links und

Rechts. Die bereits bei den Wahlen von 1968 sich abzeichnende Erosion der Mitte nahm ihren Fortgang.

Opfer dieser Entwicklung sind in erster Linie die Radikalen (seit dem 10. Februar 1973 freisinnig). Die als mittelständig etablierte Partei konnte von den 1964 eroberten 26 Sitzen nur noch deren 14 halten (1968/20). Der Stimmenanteil fiel von 19,3 Prozent (1964) auf 11,3 Prozent zurück. Zweites Opfer war der politisch heterogen zusammengesetzte Landesring, der gleich sieben der 1968 errungenen 19 Sitze an andere Parteien abgeben mußte. Doch auch die konfessionell gebundene CVP hatte drei Verluste zu beklagen und muß sich mit 17 Sitzen zufrieden geben. Etwas besser ging es der anderen konfessionellen Gruppe, der Vereinigung Evangelischer Wähler (VEW), die sich von 5 auf 6 Sitze verbessern konnte. Ihre Positionen bewahrten die Sozialdemokraten als stärkste Partei mit 36 Sitzen und die Liberalen mit 19 Abgeordneten.

Als eindeutige Gewinnerin ging die Nationale Aktion (NA), die sich selbst als «kleine Gruppe besorgter Eidgenossen» bezeichnet, aus dem Proporz hervor. Die unbedeutenden 2 Sitze der vorangegangenen Legislaturperiode wurden zu einer Bank mit 10 Sitzplätzen ausgebaut. Der Sprung zur doppelten Fraktionsstärke gelang.

Doch auch die linksextremen Progressiven Organisationen Basels (POB), jahrelang als außerparlamentarische Opposition agierend, eroberten auf ihrem «Marsch durch die Institutionen» 5 Sitze, was ebenfalls die Bildung einer eigenen Fraktion und die Loslösung von der kommunistischen Partei der Arbeit ermöglichte. Letztere konnte ihren Anteil von 8 auf 9 verbessern. Ohne große Bedeutung bleibt der Sitz des Bürgerlichen Mittelstandes (BMG) und derjenige des «Sozialen Basel». Vollends glücklos waren Splittergruppen wie das «Komitee Thüring», die «Unzufriedenen» und ähnliche Vereinigungen.

Neben der neuen Zusammensetzung, die eine weit stärkere *Polarisierung zwischen den politischen Gruppen* beinhaltet, hat das städtische Parlament aber noch mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die durch die Amtsdauerbeschränkung bedingte stärkere Mutation der Parlamentarier macht sich in einer Flut persönlicher Vorstöße – Interpellationen, kleinen Anfragen und Anzügen – bemerkbar. Dies mag daran liegen, daß die frisch zu politischen Ehren Gekommenen auf den Instrumenten parlamentarischer Tätigkeit spielen oder die Vorstöße bereits als Mittel des nächsten Wahlkampfes einsetzen wollen. Welche Gründe auch vorherrschen, der parlamentarische Betrieb wird dadurch oft von seiner eigent-

lichen Funktion entblößt. Vor allem die erstarkten POB und NA haben sich darauf spezialisiert, wenn möglich für jede Sitzung mit mindestens einer Interpellation aufzuwarten. Als Beweis offenbar eines mit Fleiß ausgeübten Mandats. Nicht selten haben jedoch diese Vorstöße Themen zum Gegenstand, die vom Parlamentarier mit einem Telefon bei den zuständigen Stellen hätten geklärt werden können.

Eine großrätliche Kommission, die sich mit der Gesamtrevision ihrer Geschäftsordnung befaßt, wird prüfen müssen, ob der parlamentarische Betrieb gestrafft werden kann. Es dürfte allerdings schwer sein, das Recht der persönlichen Vorstöße zu beschneiden. Gehören doch diese zum vermeintlichen Leistungsausweis der Großräte....

Ein weiterer großrätlicher Vorschlag, die Effizienz seiner Fraktionen dadurch zu verbessern, daß man aus Steuergeldern einen jährlichen Beitrag an ihre Unkosten leistet, ist mittlerweile am Willen des Souveräns gescheitert. Das Gesetz über die Fraktionenentschädigung wurde anfangs November 73 im Verhältnis 6 zu 1 verworfen.

Auf zu großem Fuß gelebt

Doch neben diesen mehr internen Problemen sehen sich Regierung und Parlament in der nun laufenden Legisla-

turperiode Aufgaben gegenüber, deren Lösung für die Zukunft des Stadt-Staates Basel von eminenter Wichtigkeit sind. Denn während noch vor wenigen Jahren der Optimismus bei den politisch Verantwortlichen überwog, es gebe keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, macht je länger je mehr Ernüchterung der Euphorie Platz. Spätestens nach Ablauf des ersten Jahres sahen sich Regierung und Parlament mit den Grenzen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit konfrontiert. Die Tatsache, daß Basel während Jahrzehnten auf zu großem Fuß gelebt hatte, mußte zur Kenntnis genommen werden. Trotz einer im April 1972 vom Volk großzügig genehmigten Steuererhöhung wies die Rechnung des ersten Jahres bereits ein Defizit von 182 Millionen Franken aus und überstieg damit die im Finanzplan festgesetzte jährliche Verschuldung um rund 82 Prozent. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung ist das explosionsartige Anwachsen der Personalkosten, die vor allem im Bereich der Spitäler massiv zu Buch schlagen.

Die einsamen Rufer, darunter die Presse, die schon vor Jahren nach einer Sanierung der Finanzen riefen, haben heute zwar die Genugtuung, «Recht gehabt zu haben», ohne sich allerdings über diesen Erfolg freuen zu können.

Auch wenn die großrätliche Rechnungskommission in ihrem Bericht zur Rechnung 1972 feststellt, noch sei es nicht zu spät, die Finanzlage des Kantons zu sanieren, so dürfte es hierzulande unbestritten sein, daß diese Sanierung mit erheblichen Opfern verbunden sein wird. Die zurecht geäußerte Kritik an unkontrolliertem Wachstum einerseits, der Ruf nach immer besseren sozialen Leistungen andererseits lassen sich nur dann auf einen gemeinsamen Nenner bringen, wenn spürbare Abstriche in Kauf genommen werden. Doch mag es in diesem Zusammenhang tröstlich sein, daß der Kanton Basel-Stadt weltweit gesehen im selben Boot sitzt wie alle hochindustrialisierten Gemeinwesen.

Steuervorlagen nach jedem Geschmack

Als Korrektur der heutigen Finanzlage drängt sich – und dies ist bei allen Parteien unbestritten – eine Vermehrung der Einnahmen auf. Entsprechende Steuerinitiativen der PdA, POB, der Freisinnigen und Liberalen und der Sozialdemokraten sind eingereicht. Wobei auch hier die im Parlament sich widerspiegelnde Polarität ideologischer Standpunkte deutlich zum Ausdruck kommt. Während die äußere Linke in ihren Initiativen weniger die Sanierung der Staatsfinanzen als vielmehr eine «Umverteilung des Vermögens» im

Auge hat – harte Besteuerung der hohen Einkommen, Steuererleichterung für die niederen – geht es den bürgerlichen Parteien um die Erhaltung der Steuersubstanz und die Bindung finanzkräftiger Konzerne an Basel. Einen Mittelweg suchen die Sozialdemokraten, die eine Belastung nach der «wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» vorsehen. Sie stehen damit im Gegensatz zu ihren Genossen im benachbarten Baselland, das bekanntlich den Startschuß zur gesamtschweizerischen «Jagd auf die Reichen» mit der Reichtumsteuer gegeben hat. Als dritte unbekannte Kraft wirkt noch eine staatliche Experten-Kommission an einem Steuerentwurf. Doch das letzte Wort wird auch hier das Volk haben. Wie auch immer eine Steuerrevision aussehen wird, der Souverän hat seine Skepsis gegenüber regierungs- und großbrätlichen Vorlagen bis zur Halbzeit der laufenden Periode genügend demonstriert, so daß ein Durchsetzen neuer Steuerforderungen nicht einfach sein wird.

Regionale Führungsrolle am Ende?

Doch nicht nur Basels Finanzpolitik, auch die regionale Führungsrolle der Stadt steht in Frage. Die einst blühende Polis am Rheinknie, die sich gegenüber den «armen» Nichten und Neffen in der Region jahrelang als guter Onkel mit beträchtlichen finanziellen Aufwendungen

aufspielte, muß ihre Rolle von Grund auf überdenken. Nach dem Scheitern der Wiedervereinigung mit Baselland in den Schmollwinkel zurückgezogen, glaubte man, die Nachbarn zur Kasse bitten zu können. Diese Einstellung erwies sich als verhängnisvoll, weil der Nachbar eigene Lösungen bevorzugte. Die von der Stadt finanzierten Vorleistungen wurden nicht mehr honoriert. Der Region-Gedanke, einstmals in Basel geboren, krankt an den finanziellen Sorgen des Kantons. Das jahrzehntelange Ringen um gemeinsame Kläranlagen mit der badischen Region, einst Paradeponne grenzüberschreitender Zusammenarbeit, wurde still und leise begraben. Der Flugplatz fristet ein provinzielles Dasein. Wer kein Geld hat, fängt an, sich auf die eigenen Interessen zu besinnen. Der schöne Gedanke eines «Kleineuropa» am Rheinknie scheitert an den partikularen Interessen. Und während Basel jahrzehntelang sich auf den Standpunkt «wer zahlt, befiehlt» stellen konnte, muß die Stadt mangels Finanzen heute als Bittsteller an die Türen ihrer Nachbarn klopfen. Die Rolle als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Region wird von andern mitbestimmt.

Steuererhöhungen, Verwaltungsreform, Universitätsgesetz, Verkehrskonzeption, regionale Zusammenarbeit und Erhaltung oder Wiederherstellung einer

«wohnlichen Stadt» sind die «Topics» der laufenden Legislaturperiode. Auch wenn der Wille bei den Verantwortlichen vorhanden ist, nach bestem Wissen und Gewissen die Probleme zu lösen, so steht diesem Vorsatz eine kritische Bevölkerung gegenüber, die allzu lange unter dem vielleicht falschen Eindruck stand, ein «laissez faire» sei Richtlinie baselstädtischer Regierungspolitik. Es wird eine der Hauptaufgaben der verbleibenden zwei Jahre dieser Legislaturperiode sein, das angeschlagene Vertrauen zu restaurieren. Sonst besteht die Gefahr, daß der jahrelange Burgfriede in Basels politischer Landschaft bei den nächsten Wahlen durch eine Verhärtung der Lager in seiner Substanz gefährdet wird und eine heute zwar erschwerte, jedoch immer noch mögliche Zusammenarbeit scheitert.